

Stadtverordnetenversammlung

Landeshauptstadt Potsdam

Niederschrift 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin: Mittwoch, 21.06.2017

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr **Sitzungsende:** 19:05 Uhr

Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer SPD Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski DIE LINKE Frau Birgit Müller DIE LINKE Herr Kai Weber SPD

Herr Horst Heinzel CDU/ANW Herr Peter Schüler Bündnis 90/Die

Grünen

zusätzliches Mitglied

Herr Christian Kube DIE aNDERE

sachkundige Einwohner

Herr Pertti Hermannek Bündnis90/Die

Grünen

Herr Thomas Hintze DIE LINKE Frau Evelin Krämer DIE LINKE

Herr Christian Rindfleisch Bürgerbündnis-FDP

Herr Chaled-Uwe Said Fraktion AfD Herr Dr. Reinhard Stark Seniorenbeirat

Frau Sabine Tischendorf SPD

Frau Dr. Annett Ullrich Potsdamer ab 18:00 Uhr

Demokraten

Frau Ariane Wargowske CDU/ANW

Frau Liane Woellner SPD

Beigeordneter

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,

Beigeordneter GB 1

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt

gen. Sacken

sachkundige Einwohner

Herr Prof. Dr. Wolfram Meyerhöfer DIE aNDERE entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Madeleine Jakob GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2017 und 17.05.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung.
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Prüfung Schulstandort Babelsberg

Vorlage: 17/SVV/0168 Fraktion DIE aNDERE

B/Sp., HA

4.2 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke

Vorlage: 17/SVV/0220 Fraktion CDU/ANW

alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke

4.3 Ständige Ausstellung im Potsdam Museum

Vorlage: 17/SVV/0445 Fraktion DIE LINKE

K/W

4.4 AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune

Vorlage: 17/SVV/0386

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

B/Sp., SBV, JHA, HA

4.5 Übertragung der Befugnis zur Bewirtschaftung von kommunalen

Haushaltsmitteln gemäß § 44f Absatz 4 Satz 2 SGB II

Vorlage: 17/SVV/0492

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

GSI (ff)

4.6 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre

Vorlage: 17/SVV/0370

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen

K/W, SBV, JHA, HA

4.7 1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung

Vorlage: 17/SVV/0489

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation

KOUL, HA

5 Mitteilungen der Verwaltung

Nicht öffentlicher Teil

Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2017

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur 29. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2017 und 17.05.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung.

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Die Niederschrift zur 26. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 23.02.2017 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung: 6
Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Die Niederschrift zur 28. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 17.05.2017 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Herr Heuer stellt die Tagesordnung zur Abstimmung. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Exner informiert zur aktuellen Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass die Gewerbesteuer mit rund 10 Mio. EUR Mehreinnahmen aufgrund von Nachveranlagung von Einzelunternehmen angepasst wird. Dies ist eine schöne Nachricht, gerade mit Blick auf die Liquidität und die Aufwendungen für die Bildungsinfrastruktur. Er rechnet mit weiter steigenden Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Hier wird die Stadt voraussichtlich weiter aufstocken müssen, vielleicht sogar bis auf 250 Mio. EUR.

Bei den Allgemeinen Zuweisungen für das Jahr 2017 wird es nach jetzigem Stand zu einer geringfügigen Verbesserung in Höhe von 278.653 EUR kommen, hier legt man derzeit nahezu eine Punktlandung hin.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen nehmen die Ausführungen zur Kenntnis. Herr Heuer schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Prüfung Schulstandort Babelsberg

Vorlage: 17/SVV/0168 Fraktion DIE aNDERE

B/Sp., HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt. Er fragt den Antragsteller, ob der Antrag aus deren Sicht noch aktuell sei oder ob der Antrag aufgrund von Voten mitberatender Ausschüsse überholt sei. Herr Kube bejaht dies. Der Antrag ist überholt. Er erklärt für die Fraktion DIE aNDERE den Antrag für erledigt und zieht ihn zurück.

Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Herr Heuer schließt den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, intensiv und ernsthaft zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitrahmen ein Schulneubau an folgenden Standorten in Babelsberg realisierbar ist:

- 1. Glasmeisterstraße (Gelände Havelbus)
- 2. Großbeerenstraße / Marlene-Dietrich-Allee (Parkplatz Filmpark)
- 3. Medienstadt Ecke Großbeerenstraße / August-Bebel-Straße.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im April 2017 über das Prüfergebnis informiert werden.

Zurückgezogen

zu 4.2 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke Vorlage: 17/SVV/0220

Fraktion CDU/ANW

alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt. Er verweist auf die vier vorliegenden Voten aus den mitberatenden Ausschüssen. (Ausschuss für Kultur und Wissenschaft vom 20.04.2017, Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 18.05.2017, Ausschuss für Bildung und Sport vom 23.05.2017 sowie Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 30.05.2017).

Er hält fest, dass die letztgenannten drei Ausschüsse identische Voten gefasst haben nur der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft hat ein anderslautendes Votum gefasst.

Herr Heuer übergibt Herrn Richter, Werkleiter KIS, das Wort. Herr Richter führt kurz aus, dass das die Sporthalle derzeit von 2 Vereinen genutzt wird, pflichtiger Schulsport jedoch nicht in der Sporthalle erfolgt. Aus diesem Grund hat man auch keine Möglichkeit, gegenüber der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg zu begründen, hier erhebliche finanziellen Mittel für Sanierung oder Gestaltung in die Hand zu nehmen, da dies keine pflichtige Aufgabe der LHP sei. Ebenso kritisch sieht er die zeitliche Vorgabe. Um hier ein schlüssiges Konzept vorlegen zu können, benötigt der KIS mehr Zeit.

Herr Heuer schlägt vor, den Antrag DS 17/SVV/0220 "Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke" in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie mit einer Veränderung des Zeitpunktes der Vorlage des Konzeptes von bisher "September 2017" auf "November 2017" abzustimmen. Der Antragsteller stimmt dem Vorschlag zu.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ein Konzept zu entwickeln, alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien Service bis zum September November 2017 ein Konzept zu entwickeln. verzubereiten, wobei durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist. dass

- 1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufer erfolgen muss;
- 2. der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche

Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt:

3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Den beteiligten Ausschüssen und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September November 2017 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0220 **geändert zu beschließen**.

zu 4.3 Ständige Ausstellung im Potsdam Museum

Vorlage: 17/SVV/0445
Fraktion DIE LINKE

K/W

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an den Antragsteller. Herr Kamisnski führt kurz in das Anliegen des Prüfauftrages ein.

Herr Heuer bittet Herrn Wittenberg, stellvertretender Leiter des Potsdam Museums, kurz für die Verwaltung Stellung zu nehmen. Dieser führt aus, dass das Potsdam Museum einen sehr regen und betriebsamen Förderverein hat. Dieser Aspekt müsse mit einbezogen werden bei der Überlegung, ob die Stadt hier freiwillig mehr Geld in die Hand nimmt. Er stellt die Situation in anderen Städten wie Wien oder London dar. Er führt aus, dass seit der Eröffnung des neuen Museums Barberini der Alte Markt belebter ist als zuvor und man sich Effekte für das Potsdam Museum erhofft. Gleichzeitig gibt er aber auch zu bedenken, dass, wenn das Potsdam Museum mehr Besucher hat, es zu Kapazitätsengpässen für die Aufnahme von Besuchenden kommen könnte. In kommerziellen Museen ist es nach seiner Darstellung normal, dass man am Ende der Ausstellung einen Museumsshop hat. In Potsdam ist dies leider noch nicht der Fall. Es wäre wünschenswert. Das Potsdam Museum will die Herrichtung eines solchen Shops bis Ende 2017 prüfen.

Im Anschluss erfolgen Fragen zur Höhe der Einnahmen aus den Eintrittsgeldern, Einnahmen aus dem Museumsshop und möglichen Umbaukosten für einen neuen Museumsshop.

Es wird u.a. darum gebeten, dass neben der Prüfung eines freien Eintritts für eine komplette Woche auch der freie Eintritt an einem Tag in der Woche geprüft wird. Diese Prüfungen werden zugesichert von Herrn Wittenberg.

Herr Heuer empfiehlt, bei der Vorlage der Prüfergebnisse auf die beabsichtigte Änderung des Charakters des Museums einzugehen. Danach schließt er die Diskussion und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie und zu welchem Zeitpunkt die Ständige Ausstellung im Potsdam Museum eintrittsfrei gestaltet werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Oktober 2017 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die **Annahme** des Antrages 17/SVV/0445.

zu 4.4 AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune

Vorlage: 17/SVV/0386

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie B/Sp., SBV, JHA, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt aus, dass es sich um eine Wiedervorlage aufgrund einer Vielzahl von Fragen in der letzten Ausschusssitzung handelt, die in der Zwischenzeit teilweise beantwortet wurden.

Er gibt dem Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Herrn Schubert das Wort, der kurz auf die Vorlage und sein Anliegen eingeht. Herr Schubert legt unter anderem dar, dass eine Vielzahl anderer größerer Kommunen an diesem Siegelverfahren deutschlandweit teilnehmen. Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Herr Heuer stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die **Annahme** der Vorlage 17/SVV/0386.

zu 4.5 Übertragung der Befugnis zur Bewirtschaftung von kommunalen Haushaltsmitteln gemäß § 44f Absatz 4 Satz 2 SGB II

Vorlage: 17/SVV/0492

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung GSI (ff)

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an den

Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Herrn Schubert, der kurz in die Sachlage und Notwendigkeit der Vorlage einführt. Es ergeben sich keine Nachfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Herr Heuer stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Übertragung der Befugnis zur Bewirtschaftung von kommunalen Haushaltsmitteln gemäß § 44 f Absatz 4 Satz 2 Sozialgesetzbuch II, soweit diese Aufgaben die Kassengeschäfte nach § 38 Absatz 1 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung betreffen, an das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die **Annahme** der Vorlage 17/SVV/0492.

zu 4.6 Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre

Vorlage: 17/SVV/0370

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle für Stadtentwicklung und Bauen K/W, SBV, JHA, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt. Es erfolgt ein kurzer Sachstandsbericht zu den bisher verlaufenen Ausschusssitzungen u.a. dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr durch Herrn Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen.

Herr Schüler bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Ergänzungsantrag ein:

"Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister möge prüfen, welche Nutzungen für den Standort der Biosphäre und dessen territorialem Umfeld möglich wären. Ziel soll es sein, für den Potsdamer Norden die jetzt noch fehlende aber erforderliche sozio-kulturelle Infrastruktur wie Bürgertreff, Horteinrichtungen, Sportanlagen, Jugendfreizeiteinrichtungen oder gastronomische Einrichtungen zu schaffen. Bei der Prüfung sollten die Ergebnisse der im Juni 2017 stattgefundenen Beteiligungswerkstatt zur Weiterentwicklung des Wohngebietes Bornstedter Feld einbezogen werden. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Herbst 2017 über den Zwischenstand der Vorbereitungen zu informieren und ein Votum zum weiteren Verfahren einzuholen.

Begründung:

Ausführliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Sanierung und dauerhafte Bezuschussung des bestehenden Biosphärengebäudes bei gleichbleibender Nutzung eine zu große Belastung des städtischen Haushaltes darstellen. Außerdem wissen wir, dass keine ausreichenden Grundstücke für die dann zusätzlich zu errichtende soziale Infrastruktur im Potsdamer Norden zur Verfügung stehen. Es ist städtebaulich, sozialpolitisch und finanziell notwendig, nach einer Lösung zu suchen, die Raum für Urbanität im Potsdamer Norden möglich macht."

Es erfolgt eine Diskussion. Im Anschluss stellt Herr Heuer den vorliegenden Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung angenommen.

Im Anschluss stellt Heuer den Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD; CDU/ANW zur Abstimmung.

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Das erneute Verfahren zur EU-weiten Ausschreibung für die Nachnutzung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1) sowie für eine andere, der Entwicklung des Stadtteils dienende Nutzungskonzeption, durchzuführen.
- 2. Als weitere Variante der Nachnutzung der Biosphärenhalle städtebaulich / landschaftsplanerisch und finanziell die teilweise Nutzung zu prüfen und miteinander abzuwägen:
 - a) als kommunales Stadtteilzentrums mit den Einrichtungen Jugendfreizeitstätte und Bürgertreff geeignet für Familien, Senioren und Vereine
 - b) als kommerzielles bzw. selbsttragend bewirtschaftetes Kiezbad mit 25m-Becken ggf. mit Sauna oder/und Fitness, Gastronomie mit Außenbereich, Sportvereinsflächen (z.B. Beachvolleyball, Mehrfelder, Skateranlage o.ä.), Standort für den Zirkus Montelino.

Dazu ist das Bestandsgebäude soweit zu entkernen und zu erhalten, dass die angestrebten Nutzungen in der verbleibenden Gebäudehülle (geschlossen/offen) optimal verteilt, und im erforderlichen Umfang von äußeren Witterungseinflüssen geschützt, untergebracht werden.

Des Weiteren ist die Neuerrichtung von Gebäuden für die oben aufgeführten Zwecke zu prüfen.

Bei der Berechnung des finanziellen Aufwands ist die Rückstellung des Entwicklungsträgers für die Jugendfreizeiteinrichtung zu berücksichtigen. Für Bau und den Betrieb sind sowohl Investorenmodelle wie auch der Eigenbetrieb zu berücksichtigen.

3. Zu prüfen, ob mit der Durchführung eines studentischen oder städtebaulichen Wettbewerbs das Ziel der besseren Gestaltung des Platzes vor der Biosphäre als Stadteilzentrum unter Einbeziehung der Biosphärenhalle und ihres Umfeldes, des Parkplatzes, der für den Zirkus Montelino vorgesehenen Fläche, der Straßenkreuzung und Haltestelle sowie der gegenüberliegenden noch nicht bebauten Fläche zu erreichen ist.

- 4. Bei der Gegenüberstellung und Bewertung der Varianten ist die für den Stadtteil "Bornstedter Feld" notwendige und erforderliche soziale Infrastruktur mit den Mindestanforderungen einer Jugendfreizeiteinrichtung, einem Bürgertreff, einem Kiezbad Gastronomie und Sportflächen mit einzubeziehen.
- 5. Dem Hauptausschuss ist bis Oktober 2017 das Ergebnis in einer Gegenüberstellung mit allen bislang und gegebenenfalls bis dahin noch geprüften Varianten vorzustellen.

Begründung:

In Umfragen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohngebietes im Potsdamer Norden werden seit 2012 immer die gleichen fehlenden sozialen Einrichtungen genannt, die die Lebensqualität verbessern und die Stadtteilcharakteristik erhöhen: Ort und Räume, an denen sich Familien, Senioren und Vereine zu Hause fühlen, genügend Jugendfreizeiteinrichtungen, ein Bad mit Sauna und Fitnessangebot, Gastronomie und weitere Sportflächen sowie weitere Einkaufsmöglichkeiten.

Es hat sich herausgestellt, dass für diese immer wieder genannten Einrichtungen keine Flächen vorgesehen sind und auch nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit bleibt die Biosphärenhalle und ihr unmittelbares Umfeld ein geeigneter Standort, um für das Wohngebiet ein Zentrum zu schaffen und die vermisste und zweifellos benötigte Infrastruktur zu realisieren

Zur Entwicklung eines sozialen Lebens sowie zur Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil sollen alle verbleibenden Möglichkeiten geprüft werden. Die weiteren Planungen sind neben der angestrebten Kostenersparnis bei Investitionen und Unterhalt auf die tatsächlichen Bedarfe, vorrangig der im Bornstedter Feld lebenden Menschen, auszurichten."

Der Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD; CDU/ANW wird von den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen mit 4 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

Abschließend wird die so ergänzte DS 17/SVV/0370 "Dauerhafte Nachnutzung der Biosphäre" vom Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0370 in ergänzter Form mit 4 Ja-Stimmen, bei keiner Nein-Stimme und zwei Enthaltungen zu beschließen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Prüfung einer mehrteiligen bzw. multifunktionalen 1. Nachdem die Nutzung - mit konzeptioneller Neuausrichtung- der Biosphäre (Varianten 7 A, 7 B, 7 C 1 und 7 C 2) entsprechend der beigefügten fortgesetzten Variantenuntersuchung auch im Vergleich zu den Varianten 1, 3 und 4 keine Reduzierung der wirtschaftlichen Belastung der LHP ergeben hat und der Abriss der Biosphärenhalle ausscheidet, wird der Oberbürgermeister zur Gewährleistung der längerfristigen. dauerhaften, kostenminimierenden und wirtschaftlichen Betreibung der und bevollmächtigt, kurzfristig Biosphärenhalle beauftragt Einhaltung der vergaberechtlichen und beihilferechtlichen Bestimmungen ein erneutes Verfahren zur EU-weiten Ausschreibung

für die Nachnutzung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1) unter folgenden Bedingungen durchzuführen:

- (1) Voranstellen eines Teilnahmewettbewerbs, um schnell und kostengünstig zu klären, ob es überhaupt Bewerber für das Projekt gibt.
- (2) Zweckgebundene Betreibung auf eigenes wirtschaftliches Risiko des Betreibers für mindestens 20 Jahre
- (3) Jährlicher städtischer Zuschuss, der mit fortschreitender Rentabilität nachhaltig gesenkt werden soll, ohne den Investitionshaushalt der LHP zu belasten
- (4) Übertragung der Halle auf die Betreibergesellschaft mit Herauslösung aus dem Treuhandvermögen und Sicherung gegen Grundstücksspekulationen durch Vorgabe der Nutzung für touristische Infrastruktur
- (5) Vermeidung steuerrechtlicher Nachteile für die LHP
- (6) Sozialverträgliche Lösung mit Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze
- Im Falle eines erfolglosen Verlaufs des Teilnahmewettbewerbs bzw. 2. des Vergabeverfahrens (im Rahmen des vorgenannten zweistufigen Ausschreibungsverfahrens) EU-weiten zu Ziff. 1 wird Oberbürgermeister beauftragt und Bevollmächtigt, die Biosphäre **Potsdam GmbH** lanafristiaen. mit der wirtschaftlichen Nachnutzung kostenminimierenden und Betreibung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1) unter den im Beschlusspunkt zu Ziffer 1. vorgenannten gleichlautenden Bedingungen in Inhalt und Umfang der Ausschreibung zu beauftragen und die hierfür erforderlichen Verträge nach den Maßgaben unter Ziffer 1. abzuschließen.

Der Oberbürgermeister möge prüfen, welche Nutzungen für den Standort der Biosphäre und dessen territorialem Umfeld möglich wären. Ziel soll es sein, für den Potsdamer Norden die jetzt noch fehlende aber erforderliche sozio-kulturelle Infrastruktur wie Bürgertreff, Horteinrichtungen, Sportanlagen. Jugendfreizeiteinrichtungen gastronomische oder Einrichtungen zu schaffen. Bei der Prüfung sollten die Ergebnisse der im Juni 2017 stattgefundenen Beteiligungswerkstatt zur Weiterentwicklung des Wohngebietes Bornstedter Feld einbezogen werden. Stadtverordnetenversammlung ist im Herbst 2017 über den Zwischenstand der Vorbereitungen zu informieren und ein Votum zum weiteren Verfahren einzuholen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- 1. Das erneute Verfahren zur EU-weiten Ausschreibung für die Nachnutzung der Biosphäre als Tropenhalle in modifizierter Form (Variante 1) sowie für eine andere, der Entwicklung des Stadtteils dienende Nutzungskonzeption durchzuführen.
- 2. Als weitere Variante der Nachnutzung der Biosphärenhalle städtebaulich / landschaftsplanerisch und finanziell die teilweise Nutzung zu prüfen und miteinander abzuwägen:

- a) als kommunales Stadtteilzentrums mit den Einrichtungen Jugendfreizeitstätte und Bürgertreff geeignet für Familien, Senioren und Vereine
- als kommerzielles bzw. selbsttragend bewirtschaftetes Kiezbad mit 25m-Becken ggf. mit Sauna oder/und Fitness, Gastronomie mit Außenbereich, Sportvereinsflächen (z.B. Beachvolleyball,Mehrfelder, Skateranlage o.ä.), Standort für den Zirkus Montelino.

Dazu ist das Bestandsgebäude soweit zu entkernen und zu erhalten, dass die angestrebten Nutzungen in der verbleibenden Gebäudehülle (geschlossen/offen) optimal verteilt, und im erforderlichen Umfang von äußeren Witterungseinflüssen geschützt, untergebracht werden.

Des Weiteren ist die Neuerrichtung von Gebäuden für die oben aufgeführten Zwecke zu prüfen.

Bei der Berechnung des finanziellen Aufwands ist die Rückstellung des Entwicklungsträgers für die Jugendfreizeiteinrichtung zu berücksichtigen. Für Bau und den Betrieb sind sowohl Investorenmodelle wie auch der Eigenbetrieb zu berücksichtigen.

- 3. Zu prüfen, ob mit der Durchführung eines studentischen oder städtebaulichen Wettbewerbs das Ziel der besseren Gestaltung des Platzes vor der Biosphäre als Stadteilzentrum unter Einbeziehung der Biosphärenhalle und ihres Umfeldes, des Parkplatzes, der für den Zirkus Montelino vorgesehenen Fläche, der Straßenkreuzung und Haltestelle sowie der gegenüberliegenden noch nicht bebauten Fläche zu erreichen ist.
- 4. Bei der Gegenüberstellung und Bewertung der Varianten ist die für den Stadtteil "Bornstedter Feld" notwendige und erforderliche soziale Infrastruktur mit den Mindestanforderungen einer Jugendfreizeiteinrichtung, einem Bürgertreff, einem Kiezbad Gastronomie und Sportflächen mit einzubeziehen.

Dem Hauptausschuss ist bis Oktober 2017 das Ergebnis in einer Gegenüberstellung mit allen bislang und gegebenenfalls bis dahin noch geprüften Varianten vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0370 in **ergänzter Form zu beschließen**.

zu 4.7 1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung Vorlage: 17/SVV/0489

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation KOUL, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt zur Einführung das Wort an die Fachbereichsleitende für Recht und Personal Frau Krusemark. Diese führt aus, dass erst 2013 die Verwaltungsgebührensatzung erlassen wurde. Aufgrund einer Änderung in der Sozialgesetzgebung, konkret bei der Anerkennung der Vaterschaft, müssen Änderungen Verwaltungsgebühren vorgenommen werden. Dies hat die Stadt zum Anlass genommen, neben dieser Änderung auch weitere redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Im Anschluss werden Verständnisfragen hinsichtlich der bundesweiten Anwendung der neuen Regelungsmöglichkeiten auf Länderebene bezüglich der Gebührenerhebung gestellt und durch Frau Krusemark beantwortet.

Im Anschluss stellt Herr Heuer die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam (1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die **Annahme** der Vorlage 17/SVV/0489.

Im Anschluss an die Abstimmung fragt der Stadtverordnete Herr Kube noch einmal zu dem Sachverhalt der bundesweiten Anwendung der neuen Regelungsmöglichkeiten nach. Es wird vereinbart, dass die Verifizierung der Antwort der Verwaltung im Nachgang noch einmal geklärt wird.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

keine

Nicht öffentlicher Teil

zu 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2017

Herr Heuer eröffnet den nicht öffentlichen Teil der 29. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 6 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Die Niederschrift zur 26. nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 23.02.2017 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0



Niederschrift 30. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin: Mittwoch, 19.07.2017

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr **Sitzungsende:** 19:00 Uhr

Ort, Raum: Biosphäre Potsdam, Georg-Hermann-Allee 99, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer SPD

Ausschussmitglieder

Herr Kai Weber SPD

Herr Horst Heinzel CDU/ANW Herr Peter Schüler Bündnis 90/Die

Grünen

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP

gen. Sacken

zusätzliches Mitglied

Herr Christian Kube DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel DIE LINKE Vertretung für: Frau Jana Schulze

DIE LINKE

Herr Dr. Hans-Jürgen DIE LINKE Vertretung für: Herrn Michél Berlin

Scharfenberg

Herr Matthias Finken CDU/ANW Vertretung für: Herrn Günter Anger

CDU/ANW

DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Herr Pertti Hermannek Bündnis90/Die

Grünen

Frau Evelin Krämer DIE LINKE Herr Dr. Reinhard Stark Seniorenbeirat

Frau Sabine Tischendorf SPD

Frau Ariane Wargowske CDU/ANW

Beigeordneter

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,

Beigeordneter GB 1

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Manuela Heise	SPD	nicht anwesend
Herr Thomas Hintze	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Prof. Dr. Wolfram Meyerhöfer	DIE aNDERE	nicht anwesend
Herr Christian Rindfleisch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	Fraktion AfD	nicht anwesend
Frau Dr. Annett Ullrich	Potsdamer	nicht anwesend

Demokraten

Frau Liane Woellner SPD entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Madeleine Jakob GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Biosphäre

in Verbindung mit dem Beschluss der Drucksache 17/SVV/0370 wird folgender Ablauf für die Sitzung vorgeschlagen

- 1. Objektbegehung Biosphärenhalle
- 2. Bericht der Werkstadt für Beteiligung aus der Stadtteilwerkstatt Bornstedter Feld im Juni 2017
- 3. Ideensammlung Nutzungen am Standort
- 4. Abgleich vorhandene/fehlende Prüfergebnisse
- 5. Verständigung weiteres Vorgehen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 30. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen in der Biosphäre Potsdam.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Herr Heuer führt kurz in die Sitzung und deren Ablauf ein. Er geht darauf ein, dass in Verbindung mit dem Beschluss der Drucksache 17/SVV/0370, diese Sitzung als ein Vor-Ort Termin angesetzt wurde, um sich in der Frage Biosphäre ein besseres Bild vom Gebäude und den damit zusammenhängenden baulichen Aspekten zu machen. Es sollen heute keine Festlegungen getroffen oder Beschlüsse gefasst werden, vielmehr soll die Sitzung dem Abgleich an Kenntnissen, Prüfungen und zur weiteren Ideensammlung dienen. Es geht um Verständigung und Verständnis.

Herr Heuer geht auf den Sitzungsverlauf ein und legt dar, dass man gemeinsam zunächst eine Objektbegehung machen wird. Hinterher wird es einen Bericht der Werkstatt für Beteiligung aus der Stadtteilwerkstatt Bornstedter Feld im Juni 2017 geben. In einem daran anschließenden Gespräch mit allen anwesenden Ausschussmitgliedern soll noch einmal ein Abgleich der Prüfergebnisse erfolgen und in einem offenen Diskurs sollen gemeinsam Ideen zur Nutzung am Standort erörtert werden.

Gegen diesen Ablauf erhebt sich von den Ausschussmitgliedern kein Widerspruch.

zu 3 Biosphäre

in Verbindung mit dem Beschluss der Drucksache 17/SVV/0370 wird folgender Ablauf für die Sitzung vorgeschlagen

- 1. Objektbegehung Biosphärenhalle
- 2. Bericht der Werkstadt für Beteiligung aus der Stadtteilwerkstatt Bornstedter Feld im Juni 2017
- 3. Ideensammlung Nutzungen am Standort
- 4. Abgleich vorhandene/fehlende Prüfergebnisse
- 5. Verständigung weiteres Vorgehen

Frau Runge von der Pro Potsdam GmbH führt die Ausschussmitglieder und Gäste durch das Objekt und beantwortet Fragen zur Statik, Geometrie, Korrosion bzw. Kondensationsbildung in der Tropenhalle als auch Fragen bezüglich der

Schwierigkeiten einer baulichen Veränderung der Fassade und der Problematik des unebenen Bodens. Ferner führt sie aus, dass eine Gesamtsanierung des Objektes voraussichtlich mehr als 6,5 Millionen Euro kosten würde. Sie betont, dass bereits eine Vielzahl an Nutzungsvarianten und Umnutzungen des Objektes geprüft wurden. Die Schwierigkeit bestünde darin, dass dieses Objekt kein Standardgebäude ist und eine Umnutzung mit erheblichen Eingriffen in die Bausubstanz und damit Kosten verbunden ist.

Herr Heuer dankt Frau Runge für die Ausführungen.

In einem kurzen Vortrag (Anlage 1) gibt er einen Input für die Sitzung. Er geht dabei noch einmal auf die Lage, den Standort, das Umland und das Objekt der Biosphäre ein. Er gibt einen Überblick über die verschiedenen Prüfaufträge und Präferenzen verbunden mit den jeweiligen Kostenschätzungen.

Herr Dr. Scharfenberg betont anschließend, dass der Finanzausschuss nicht federführend ist. Der Hauptausschuss ist hier federführend und wird sich am 06.09.2017 weiter mit der Thematik befassen. Er hinterfragt, weshalb der Ausschuss für Finanzen das Thema Biosphäre im Rahmen der Selbstbefassung auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Herr Heuer dankt Herrn Dr. Scharfenberg für die Hinweise und übergibt das Wort an Herrn Kärsten, von der Werkstatt für Beteiligungen. Dieser geht in einer Präsentation auf die Stadtteilwerkstatt Bornstedter Feld ein (Anlage 2). Er führt aus, dass die komplette Dokumentation bis Ende August 2017 fertiggestellt und den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt wird.

Herr Heuer dankt Herrn Kärsten für seine Ausführungen und auch der Arbeit der Werkstatt zur Vorbereitung der Stadtteilwerkstatt.

Im Anschluss diskutieren die Ausschussmitglieder zunächst über die Selbstbefassung des Finanzausschusses mit dem Thema Biosphäre. Frau Tischendorf, sachkundige Einwohnerin, hinterfragt, weshalb der Finanzausschuss sich mit der Thematik Biosphäre beschäftigt. Herr Schüler äußert sein Unverständnis für die Beiträge von Herrn Dr. Scharfenberg und Frau Tischendorf und betont, es sei normal dass der Finanzausschuss sich bei derartigen Beträgen damit befasst, sich sachkundig macht und selbstverständlich einbringt.

Anschließend wird über die verschiedenen Prüfaufträge, Machbarkeitstudien, städtebauliche Betrachtung, immobilientechnische Fragen, Wegfall der Fördermittelbindung gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltung und des Entwicklungsträgers diskutiert. Auch die Frage der Funktion der Biosphäre als Stadtteilzentrum, gastronomische Einrichtung oder als Tourismusstandort wird umfassend betrachtet. Es wird von einzelnen Mitgliedern betont, dass es der richtige Weg sei, noch einmal einen unvoreingenommenen Blick auf die Thematik zu legen. Genau betrachtet werden müssen der Zustand der Halle und die Investitionskosten, damit die Tropenhalle nicht zum "Grab für den Kämmerer" wird. Auch Ideen einer Teilnutzung oder die Vermietung einzelner Räumlichkeiten bspw. für Gastronomie werden angesprochen. In der Diskussion wird deutlich, dass verstärkt über die Steigerung der Einnahmeseite nachgedacht werden muss, statt immer nur den Zuschuss durch die Stadt zu erhöhen. Die Frage einer sozialen Nutzung der Halle bspw. in Form einer Jugendfreizeiteinrichtung, eines Seniorentreffs oder Stadtteilbegegnungszentrums wird ebenfalls sehr intensiv mit den Vertretern der Verwaltung und der Pro Potsdam GmbH erörtert. Von allen gleichermaßen gesehen wird, dass neben der Untersuchung der Prüfaufträge

auch die städtebauliche Betrachtung weiter verfolgt werden muss. Das Bornstedter Feld wächst stetig. Nach der Diskussion sieht man im Kern zwei Komponenten für das weitere Vorgehen. Zum einen muss der Zuschuss an die Biosphäre deutlich reduziert werden und zum anderen muss die Zukunft und Nutzung der Biosphäre im Kontext der Stadtteilentwicklung, d.h. der Bedarfe, betrachtet werden und dies muss voran getrieben werden.

Abschließend weist Herr Heuer darauf hin, dass die bislang von der Verwaltung vorgelegten Zahlen zum Teil für die Stadtverordneten nicht vergleichbar sind. Hier bittet er darum, dies in der Zukunft – da wo es möglich ist – nachvollziehbarer darzustellen, um so eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Er verweist dezidiert auf die beschlossene Drucksache 17/SVV/0370, die genau diese Vergleichbarkeit aller zu betrachtenden Optionen zum Ziel hat und sieht darin einen eindeutigen Handlungsauftrag für die Verwaltung.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine

Biosphäre Potsdam

Was tun?

30. Sitzung des Finanzausschusses am 19. Juli 2017 Biosphärenhalle

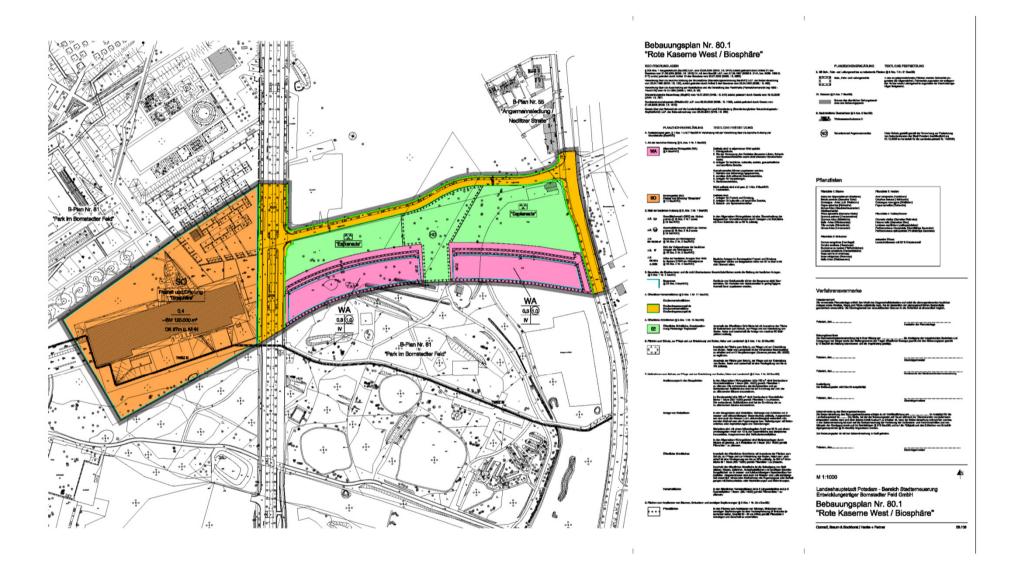
Gliederung

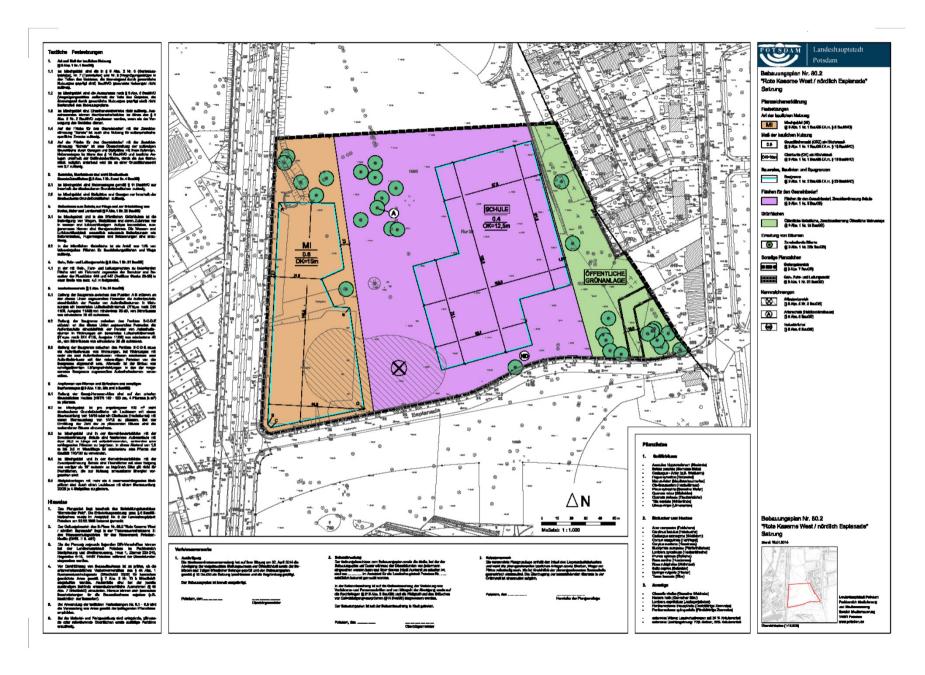
- Rückblick
- Status quo
- Varianten
- Politik/Bewertung
- nächste Schritte

Rückblick

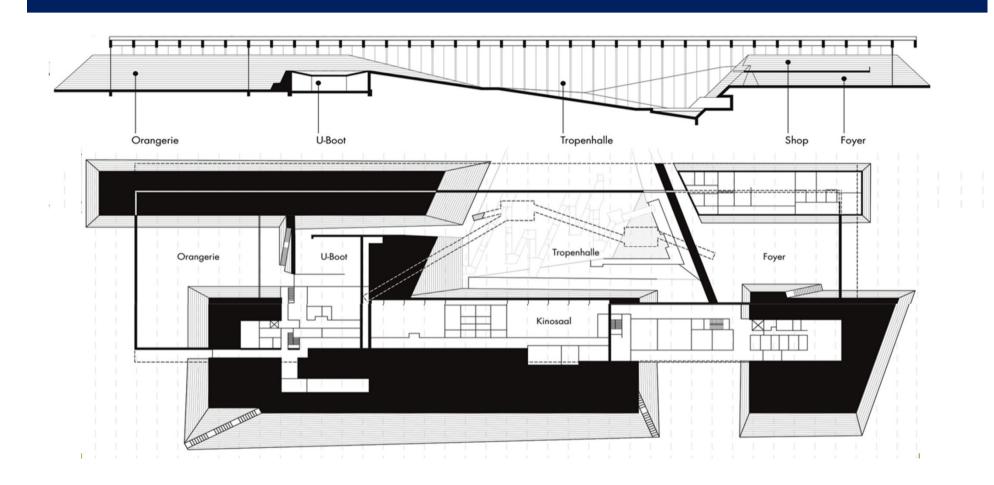
- 2001 zur Bundesgartenschau in einem militärischen Konversionsgebiet eröffnet
- Kosten: 29 Mio. €, davon Landeszuschuss in Höhe von 21 Mio. €
- 2007 Konkurs des Betreibers
- Betrieb durch die ProPotsdam mit ca. 2 Mio. € jährlichem Zuschuss
- seit 2010 erfolglose Suche nach einem Betreiber
- bis 2017 Betrieb als touristische Basiseinrichtung (Förderauflage)
- Bebauung des Bornstedter Feldes, Rote Kasernen, Bornstedt Einwohnerzielzahl geschätzt 18.000 zzgl.
- 4.000 Studierende Campus FH



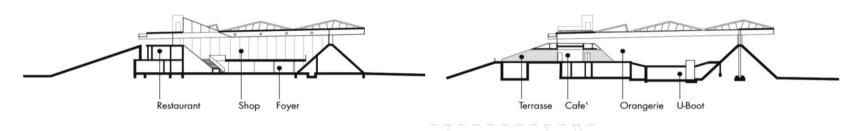


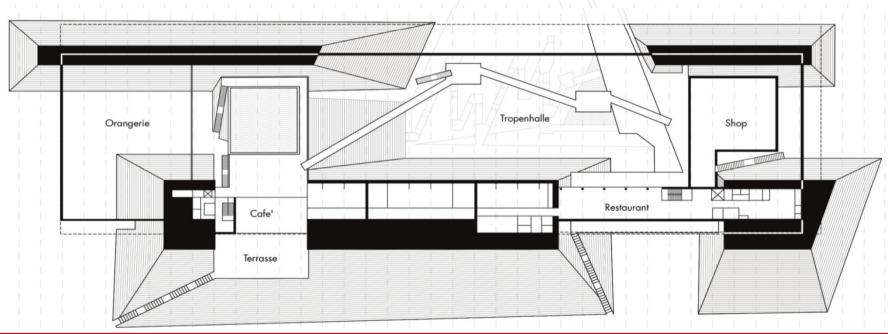


Status quo



Status quo





Varianten

- 1. Weiterbetrieb der Biosphäre mit Tropenhalle und Eventbereich/Gastronomie
- 2. Weiterbetrieb der Biosphäre mit Tropenhalle ergänzt mit stadtteilbezogenen Einrichtungen
- 3. Unterbringung stadtteilbezogene Einrichtungen in der Halle und Umgebung
- 4. Teilrückbau/Öffnung der Halle und stadtteilbezogener Nutzungen einschließlich Umgebung
- 5. Rückbau der Halle und Neubau stadtteilbezogener Nutzungen auf dem Areal sowie in der Umgebung

Varianten

Folgende Nutzungen wurden von der Verwaltung untersucht:

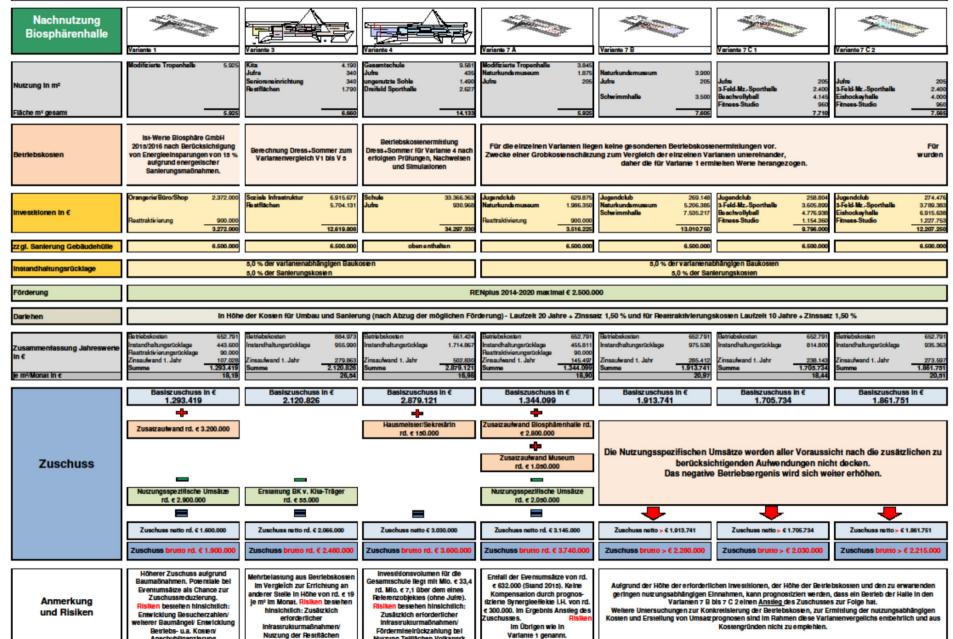
- 7 A Modifizierte Tropenhalle mit Naturkundemuseum und JuFr
- 7 B Naturkundemuseum und JuFr
- 7 C 1 Mehrzwecksporthalle, Beachvolleyballhalle, Fitnessstudio, JuFr
- 7 C 2 Mehrzwecksporthalle, Eishockeyhalle, Fitnessstudio, JuFr Und zu Vergleichszwecken folgenden Varianten gegenübergestellt:
- 1 Modifizierte Tropenhalle
- 3 Haus in Haus (soziale Infrastruktur, Kita, Sporthalle, JuFr
- 4 Haus in Haus (öffentliche Gesamtschule, Sporthalle, JuFr



Anschubfinanzierung

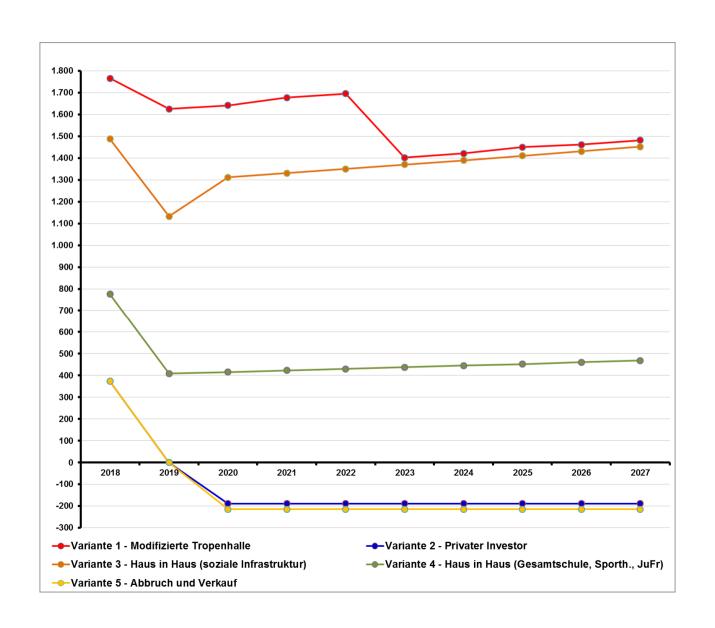






Nutzung Telflächen Volkspark

Variantenvergleich 18. Dezember 2014 Wirtschaftliche Betrachtung – Mehrbelastung für die Landeshauptstadt



Nächste Schritte?

Beschlusslage

- Klares Bekenntnis zur Entwicklung des Standortes als Stadtteilzentrum (Gebäude + Umgebung)
- Beteiligungsverfahren
 - Stufe 0 Stadtteilwerkstatt erledigt 17.06.
 - Stufe 1 Expertenworkshop November 2017
 - Stufe 2 Bürgerbeteiligung Dezember 2017
 - Stufe 3 Fraktionsübergreifendes Votum Januar 2018
- Beschluss SVV
- Planungsphase 2018
- Baubeginn 2019
- Eröffnung 2020

Politik/Bewertung

Ideensammlung

Nutzungsbedarfe

Stadtteilzentrum am Standort Biosphärenhalle und Umgebung

Politik/Bewertung

Abgleich

vorhandene/fehlende

Prüfergebnisse









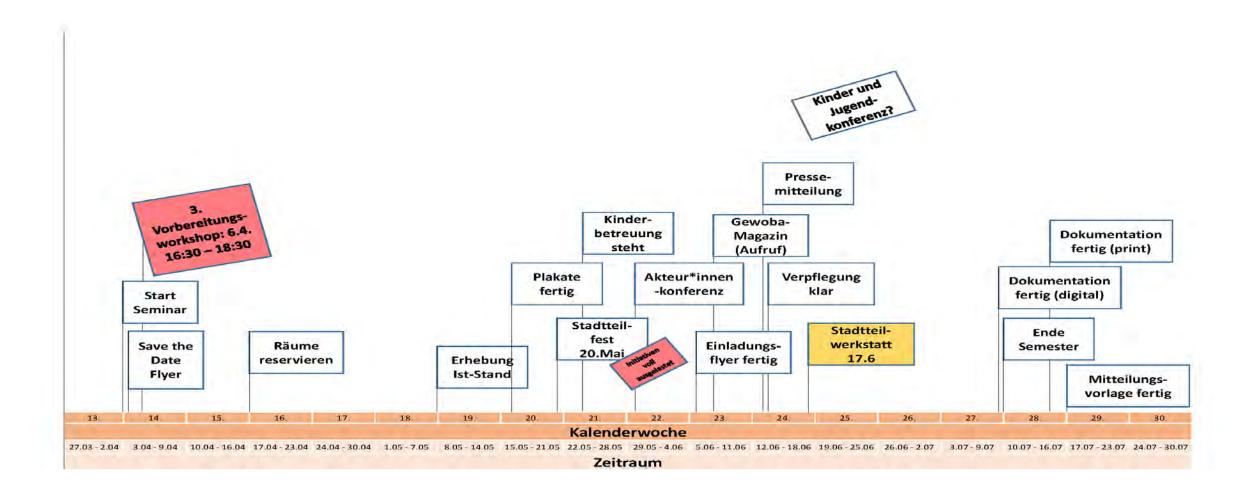
Stadtteilwerkstatt Bornstedt 2017







Gründung der Vorbereitungsgruppe: Treffen der Interessensvertretung Bornstedter Feld am 23.02.2017









Ziele:

- (1) Wir wollen Erkenntnisse gewinnen, was es im Stadtteil gibt sowie Bedürfnisse, Wünsche und Probleme der Einwohner*innen ermitteln und festhalten.
- (2) Wir wollen, dass Personen, Institutionen und aktive Gruppen sich kennenlernen und untereinander Kontakte knüpfen können.
- (3) Die Stadtteilwerkstatt soll als Plattform für einen Markt der Möglichkeiten dienen und es sollen Arbeitsgruppen und/oder Initiativgruppen gegründet werden können.

















Stadtteilwerkstatt Bornstedt 2017













